Öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 02. August 2006

R. Pr. Nr. 95

Verlegung des Feuerwehrgerätehauses
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06. Juli 2006

Beschluss: (21:11 Stimmen, 6 Enthaltungen)

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die CDU-Fraktion stellte mit Schreiben vom 6. Juli 2006 folgenden Antrag:

„Antrag der CDU-Fraktion auf Behandlung des Themas „Verlegung des Feuerwehrgerätehauses“ im Gemeinderat

Sehr geehrte Frau Büsse-maker,

die CDU-Fraktion stellt den Antrag, der Gemeinderat möge noch in der letzten Sitzung vor der Sommerpause zur Thematik der Verlegung des Feuerwehrgerätehauses auf ein anderes Grundstück im Stadtbereich Beschluss fassen wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Vorschläge in Bezug auf die in Frage kommenden Grundstücke vorzulegen und die Alternativen mit den jeweiligen Vorzügen und Nachteilen der einzelnen Grundstücke darzustellen.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, dem Gemeinderat außerdem konkrete Vorschläge über die weitere Behandlung des Themas vorzulegen. Dabei sollen insbesondere die Möglichkeiten der finanziellen Förderung durch das Land aufgezeigt werden und der Gemeinderat darüber informiert werden, welche Maßnahmen die Verwaltung insoweit bereits ergriffen hat und welche weiteren Anträge sie noch zu stellen gedenkt.

Begründung:

Das Thema beschäftigt Gemeinderat und Stadtverwaltung nunmehr schon viele Jahre. Über die Verlegung des Feuerwehrgerätehauses gibt es einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderats. Das ursprünglich ins Auge gefasste Gelände ist inzwischen anderweitig vergeben worden.

In Verwaltung und Gemeinderat besteht Einvernehmen darüber, dass zur Erfüllung des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats alternative Grundstücke gefunden werden müssen. Hierzu sind auch schon einzelne Vorschläge gemacht worden, ohne dass jedoch bisher von Seiten der Verwaltung für den Gemeinderat und seine Fraktionen erkennbare Bemühungen bekannt geworden sind, in welcher Richtung die Verwaltung nunmehr die Sache weiter zu betreiben gedenkt.

Die CDU-Fraktion hält eine weitere Verzögerung der Angelegenheit für nicht hinnehmbar, vor

allem im Interesse unserer Feuerwehr, die nunmehr schon geraume Zeit in Ungewissheit darüber gehalten wird, wie diese Frage gelöst werden soll.

Die CDU-Fraktion wünscht, dass jetzt konkrete Vorschläge und Maßnahmen von Seiten der Verwaltung auf den Tisch gelegt werden im Sinne des vorstehend gestellten Antrags. Die Sache sollte auch auf keinen Fall weiteren zeitlichen Aufschub erfahren. Vielmehr soll noch vor der Sommerpause das Thema angegangen und die Thematik einen entscheidenden Schritt einer Lösung zugeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Lutz Foss“

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung prüft derzeit den bereits bestehenden Antrag auf Verlagerung der Feuerwehr und die dazu erforderliche Standortsuche.

Da der Finanzierungsspielraum nicht groß ist, müssen verwaltungsintern noch Prioritäten diskutiert und gesetzt werden. Bevor jedoch die Finanzierung nicht steht, kann über den künftigen Standort nicht diskutiert werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss zu verweisen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Verwaltung eine Stellungnahme erarbeiten.

- - -

Stadtrat Foss erläutert den Antrag der CDU-Fraktion zur Verlegung des Feuerwehrgerätehauses. Er fordert, dass dieser nicht an den Ausschuss verwiesen werde, sondern die Verwaltung den Auftrag erhalte, tätig zu werden. Er informiert, dass ein Förderantrag letztes Jahr gestellt und abgelehnt worden sei. Er fügt hinzu, dass die Oberbürgermeisterin daraufhin nach Stuttgart gefahren und den Förderantrag für das Jordangelände erweitert habe, jedoch dieses Gelände für eine Nutzung der Feuerwehr nun auch nicht mehr zur Verfügung stehe und die Verwaltung daher Vorschläge machen sollte. Er weist darauf hin, dass der Grundsatzbeschluss zur Verlagerung der Feuerwehr bestehe und die Verwaltung und der Gemeinderat die Sache nicht vor sich herschieben sollten. Er wiederholt nochmals, dass seine Fraktion dafür plädiere, dass die Verwaltung heute den im Antrag formulierten Auftrag erhalte.

Stadtrat Deckers vertritt die Auffassung, dass der Antrag der CDU-Fraktion reiner Populismus sei und der Grundsatzbeschluss weiterhin bestehe. Er gibt zu verstehen, dass für ihn der Antrag eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltung sei und er daher dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimme.

Stadtrat Lorch nennt die Investitionen, die bisher für das Feuerwehrgerätehaus getätigt worden sind und zeigt den Verlauf über die bisherige gesamte Diskussion auf. Auch er stimmt dem Verweis an den Verwaltungsausschuss zu und schließt sich der Meinung von Stadtrat Deckers an, dass der Antrag reiner Populismus sei.

Stadtrat Siess berichtet, dass weder die Finanzierung noch die Planung stehe und eine Verlegung zu gegebenem Anlass erfolge. Auch er stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu.

Stadträtin Lumpp erläutert, dass bei diesem Thema seit zehn Jahren nichts passiere und sich der Grundsatzbeschluss auf das alte Grundstück bezogen habe. Sie ist jedoch der Meinung, dass kein Druck für die Verlegung der Feuerwehr bestehe und für sie vor allem wichtig sei, dass die Feuerwehr gut arbeiten könne, egal an welchem Standort. Ihrer Auffassung nach könne die Feuerwehr auch am jetzigen Standort bleiben. Sie gibt jedoch zu verstehen, dass wenn man im Gemeinderat über einen Schlossumbau diskutiere, dann auch Geld für die Ver-

lagerung der Feuerwehr vorhanden sein sollte.

Stadtrat Künzel lässt wissen, dass sich das Amt für Wirtschaftsförderung und Gebäudewirtschaft intensiv mit diesem Thema befassen werde, jedoch erst die interne Umstrukturierung erfolgen musste. Er gibt zu bedenken, dass durch solche Anträge Begehrlichkeiten in der Bevölkerung geweckt werden würden. Er verweist auf einen Satz in der Stellungnahme der Verwaltung, „dass man sich verwaltungsintern erst einigen müsse“. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat hier auch mitzureden habe, vor allem in Bezug auf die Finanzierung.

Oberbürgermeisterin Büsselmeier stellt klar, dass der Beschluss für die Verlegung weiterhin bestehe. Ihrer Meinung nach sei z. B. die Angelegenheit „Stephanus-Stift“ wichtiger, aber die Verwaltung sei auch an den Planungen für die Feuerwehr dran. Sie berichtet, dass das Jor-dangelände als neuer Standort für die Feuerwehr vorgeschlagen worden sei und dies mit der Feuerwehr diskutiert wurde. Sie führt weiter aus, dass Herr Vollmer die Stadt verlassen habe und der neue Feuerwehrkommandant hierzu gehört werden müsse. Sie weist darauf hin, dass Herr Knaus erst im Spätherbst sein Amt antreten werde und die Verwaltung daher zu gegebener Zeit wieder auf den Gemeinderat zukommen werde. Des Weiteren müssten die Finanzierungsmodelle erst intern diskutiert werden, damit sich die Verwaltung eine Meinung bilden könne. Sie schlägt vor, in einer Klausurtagung in ca. einem dreiviertel Jahr verschiedene Grundstücke und Finanzierungsmodelle dem Gemeinderat vorzustellen. Sie betont, dass eine Anfrage der CDU-Fraktion zu diesem Thema ausgereicht hätte.

Stadtrat Stemmer verdeutlicht nochmals, dass sich der Gemeinderat bereits seit zehn Jahren mit diesem Thema befasse und er stets davon ausgegangen sei, dass die Feuerwehr nach Ettligen-West komme, dort jedoch zum jetzigen Zeitpunkt kein Grundstück mehr zur Verfügung stehe. Er fordert daher, dass die Verwaltung Vorschläge für Grundstücke mache und er keinen Sinn darin sehe, nochmals ein dreiviertel Jahr zu warten, um den Bedarf festzustellen.

Oberbürgermeisterin Büsselmeier gibt bekannt, dass sie das eben genannte Personalproblem habe und auch nicht jedes freie Grundstück für die Feuerwehr zur Verfügung stehen würde, da eine Analyse durch den Feuerwehrkommandanten jeweils nötig sei und dieser eben erst im Spätherbst seinen Dienst antrete. Sie vervollständigt, dass Herr Raab den Bedarf bezüglich der Größe des Geländes im K-Plan vorgestellt habe.

Stadtrat Lorch stimmt dem Verweis an den Verwaltungsausschuss zu. Er hält es für wichtig, dass die Verwaltung einen gewissen Druck für die weitere Planung habe, aber die Besprechung über das weitere Verfahren eine gute Zwischenlösung sei. Er lässt wissen, dass die weitere Diskussion im Verwaltungsausschuss auch Anfang nächsten Jahres stattfinden könne.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit 20:18 Stimmen abgelehnt.

Dem Vorschlag der Verwaltung, den Antrag an den Ausschuss zur Vorberatung zu verweisen, wird mit 21:11 Stimmen (6 Enthaltungen) zugestimmt.

Ohne weitere Aussprache wird oben stehender Beschluss gefasst.

- - -